

Rassismus-Anzeige wegen SRF-Sketch

Entschuldigt sich TV nicht, wollen Kulturschaffende klagen

VON CHRISTOF MOSER

Die Debatte um die geschmacklosen bis fremdenfeindlichen Italienerwitze, die der Berner SP-Stadtpresident Alexander Tschäppät an einem Comedy-Event zum Tschäppät an einem Comedy-Event zum Besten gab, steuerte gerade ihrem Höhepunkt entgegen, als das Schweizer Fernsehen am 29. Dezember den satirischen Jahresrückblick «Endspott» ausstrahlte.

In einem Sketch nahmen die TV-Macher die «Täschli»-Affäre um US-Talkmasterin Oprah Winfrey aufs Korn, die sich nach dem Besuch in einer Zürcher Luxusboutique im August 2013 öffentlich beklagte, von der Verkäuferin rassistisch diskriminiert worden zu sein. Im Sketch trat Parodistin Birgit Steinegger mit schwarz angemaltem Gesicht und dicken Lippen als Frau Nogumi auf, die mit ihrem Besuch in einem Taschenladen beim Verkaufspersonal Panik vor einem Rassismusvorwurf auslöst. Der «Tagess-Anzeiger» kritisierte schon einen Tag nach der Ausstrahlung unter dem Titel «SRF bei den Negern», die Parodie habe «selber das Zeug zum Skandal». Allerdings passierte dann erst mal nichts weiter – die Affäre schien zu versanden.



Rassistische Satire: Birgit Steinegger als Frau Nogumi auf SRF.

DOCH JETZT zeigen «Schweiz am Sonntag»-Recherchen, dass Kulturschaffende in einem Brief an SRG-Generaldirektor Roger de Weck, SRF-Direktor Rudolf Matter und SRF-Unterhaltungschef Christoph Gebel gegen den Sketch protestiert haben – und dem Fernsehen mit einer Anzeige wegen Verletzung der Anti-Rassismus-Strafnorm drohen.

«Das sogenannte Blackfacing, also weisse Künstler, die sich schwarz anmalen, ist eine grundsätzlich rassistisch geprägte Kulturtechnik, die in den USA längst auf dem Index steht», sagt Schriftsteller, Regisseur und Musiker Raphael Urweider, einer der Initianten des Protests. In der bereits vorbereiteten Strafanzeige, die der «Schweiz am Sonntag» vorliegt, schreibt Urweider, der Sketch von Steinegger, «in welcher sie eine dumme, hässliche, kaum französisch sprechende Schwarze darstellt, reproduziert die Kulturtechnik des Blackfacing ohne doppelten Boden, ohne weiterführende Reflexion und überschreitet da-

mit die Grenzen des guten Geschmacks». Urweider: «Es stört mich ganz grundsätzlich, dass die Schweizer Humorszene oft Witze auf Kosten von Albanern, Dicken oder anderen Minderheiten und Ausgegrenzten macht, gleichzeitig aber mit eingeladenen Polit-Grössen harmlos herumlödelte. Satire sollte sich gegen die Mächtigen und nicht gegen Schwache richten. Der Protest und die Anzeige sollen darüber eine Diskussion anstossen.»

Unterstützt wird Raphael Urweider, der selber mit einer Südafrikanerin verheiratet ist und sich intensiv mit dem Thema Blackfacing auseinandersetzt, von Theater- und Filmproduzent Samuel Schwarz: «Es nützt nichts, wenn sich alle über einen rassistischen Sketch empören, aber niemand etwas unternimmt. Man muss die Zivilcourage haben, dagegen Stellung zu beziehen.» Samuel Schwarz sieht den Protest als «gesundes Netzbeschmutzertum».

CHRISTOPH GEBEL, Chef der SRF-Unterhaltungsabteilung, hat auf den Protest reagiert und die beiden Kulturschaffenden morgen Montag zu einem Gespräch eingeladen. «Wenn sich SRF nicht öffentlich für den TV-Sketch entschuldigt, werden wir die vorbereitete Strafanzeige einreichen», sagt Schwarz. Nach einer Entschuldigung der TV-Macher sieht es derzeit allerdings nicht aus – im Gegenteil: «Wir werden die Satirefreiheit verteidigen», sagt SRF-Unterhaltungschef Gebel.

Die Figur der Frau Nogumi von Birgit Steinegger laufe seit zehn Jahren über den Sender, so Gebel weiter – und bisher habe es dagegen keine Proteste gegeben. Im vorliegenden Fall der «Endspott»-Satire sieht Gebel ganz grundsätzlich kein Problem: «Der Sketch nimmt die hysterische Rassismus-Diskussion aufs Korn, die nach dem verunglückten Taschen-Kauf von Oprah Winfrey losgebrochen ist. Er richtet sich nicht gegen Schwarze, sondern nimmt die hysterische Reaktion der Schweizer ins Visier.» Immerhin lässt sich Gebel den Satz entlocken: «Sollten wir mit dem Sketch jemanden verletzt haben, so war das sicherlich nicht unsere Absicht.»

Wer sich bei SRF über inoffizielle Kanäle umhört, stellt allerdings schnell fest, dass es dem Schweizer Fernsehen selber nicht besonders wohl ist mit dem umstrittenen Sketch. «Verunglückt» ist intern noch die sanfteste Beschreibung.



In Frankreich hat der umstrittene Komiker Dieudonné ein Auftrittsverbot. Im Februar will er nach Nyon kommen.

Schweiz rüstet sich für Auftritt eines Antisemiten

Skandal um Komiker Dieudonné erreicht auch die Schweizer Armee

VON ALAN CASSIDY

Bis jetzt wurde die Debatte um die Grenzen des Humors, die der Berner Stadtpresident Alexander Tschäppät ungewollt losgetreten hatte, noch belächelt. «Ich befürchte, die dröge Wer-darf-welche-Witze-Debatte wird die Schweiz noch bis Ostern langweilen», twitterte der Satiriker Viktor Giacobbo.

Doch nun stellt der bevorstehende Auftritt des umstrittenen französischen Komikers Dieudonné M'Elba M'Bala die Schweizer Politik vor ein Problem. Der Gemeinderat von Nyon will morgen entscheiden, ob er sechs geplante Shows Dieudonnés in einer gemeindeeigenen Lokalität untersagen soll. In Frankreich sprachen die Gerichte zuletzt in mehreren Städten Auftrittverbote gegen ihn aus, nachdem Innenminister Manuel Valls sie dazu aufgefordert hatte. Der Kulturbeauftragte von Nyon, Olivier Mayor, sagt: «Wenn wir nun der einzige Ort sind, an dem dieser Herr auftreten darf, müssen wir die Lage überdenken.»

DER KOMIKER, Sohn eines Kameruners und einer Bretonin, fällt seit Jahren mit antisemitischen Ausfällen auf. Juden nennt er «die grossen Gauner dieses Planeten». An Auftritten holte er schon Per-

sonen wie den Holocaustleugner Robert Faurisson auf die Bühne, der als KZ-Häftling gekleidet auftrat. Bei vielen jungen Leuten ist er nach Ansicht von Soziologen beliebt, weil sie seinen Humor als subversive Systemkritik schätzen, die sich gegen die «Eliten» richte.

Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) blickt mit Sorge auf die geplanten Auftritte des Franzosen in der Schweiz. «Dieudonnés antisemitische und abscheuliche Aussagen gehen

« Wir erwarten, dass sich die Schweizer Behörden von Dieudonné distanzieren.»

SCHWEIZ. ISRAELITISCHER GEMEINDEBUND

massiv darüber hinaus, was sich ein Komiker erlauben darf», sagt Vizepräsident Sabine Simkhovitch-Dreyfus.

Der rechtliche Spielraum für den Gemeinderat von Nyon ist indes begrenzt. Das Bundesgericht entschied 2010, die Stadt Genf habe das Recht auf freie Meinungsäusserung verletzt, indem sie sich geweigert habe, Dieudonné ein stadteigenes Theater zu vermieten.

Das weiss Simkhovitch-Dreyfus. Sie sagt aber: «Wir erwarten, dass sich die Behörden von Dieudonné distanzieren und die nötigen Massnahmen zur Wahrung der Ordnung treffen.» Falls es zu einem Auftritt komme, werde man Anzeige erstatten, wenn der Komiker gegen die Anti-Rassismus-Strafnorm verstosse.

Auch die Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, Martine Brunschwig Graf, verfolgt die Entwicklung des Falls. Sie sagt: «Sollte Dieudonné bei seinem Auftritt gegen die Anti-Rassismus-Strafnorm verstossen, erwarte ich, dass die Justiz das mit aller Macht verfolgt.»

SEINE WIRKUNG IN DER SCHWEIZ hat der Komiker schon jetzt entfacht. Auf Westschweizer Blogs kursieren Fotos, die Schweizer Soldaten dabei zeigen, wie sie die «Quenelle» ausführen. So nennt sich die mittlerweile als «verkappter Hitlergruss» bezeichnete Armbewegung, die Dieudonné unter seinen Anhängern populär gemacht hat. Das Verteidigungsdepartement schreibt dazu auf Anfrage: «Der Chef der Armee hat die Kompaniekommandanten und Ausbildungsverantwortlichen bezüglich dieser Geste sensibilisiert.» Mit den ihr bekannten Fällen verfare sie nun «gemäss den internen Reglementen».

INSERAT

Gemeinsam gegen Abschottung

Schweizer Städte lehnen die SVP-Initiative ab. Sie ist untauglich und nicht lösungsorientiert.



Alexander Tschäppät
Stadtpresident
Bern, SP



Stefan Roth
Stadtpresident
Luzern, CVP



Corinne Mauch
Stadtpresidentin
Zürich, SP



Thomas Scheitlin
Stadtpresident
St.Gallen, FDP



Thomas Feurer
Stadtpresident
Schaffhausen, GLP



Michael Künzle
Stadtpresident
Winterthur, CVP



Kurt Fluri
Stadtpresident
Solothurn, FDP